

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-,  
Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 12.07.2007**

***öffentlich***

---

**Ort:** Evangelische Stadtmission Halle e.V.  
**Kleiner Saal**  
**Weidenplan 3-5**  
**06108 Halle (Saale)**

**Zeit:** 16:30 Uhr bis 18:45 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

### **Anwesend sind:**

Herr Thomas Godenrath	CDU
Herr Wolfgang Kupke	CDU
Herr Dr. Erwin Bartsch	DIE LINKE
Frau Ute Haupt	DIE LINKE
Herr Dr. Mohamed Yousif	DIE LINKE
Herr Dr. Justus Brockmann	SPD
Frau Hanna Haupt	SPD
Herr Dr. Christian Fiedler	SKE
Herr Dr. Peter Piechotta	DPWV
Frau Dr. Regine Stark	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM
Herr Manfred Czock	SKE
Herr Frank-Detlef Grasse	SKE
Herr Hans-Jürgen Krause	SKE
Frau Katja Pähle	SKE
Frau Annerose Runde	SKE
Frau Petra Tomczyk-Radj	SKE
Frau Dorit Schmidt	Verw
Herr Hans-Günter Schneller	Verw
Frau Petra Schneutzer	Verw
Frau Susanne Wildner	Verw
Herr Dr. Eberhard Wilhelms	Verw
Frau Annerose Winter	Verw

### **Gäste:**

Herr Dr. Christian Fiedler	Seniorenvertretung Halle e. V.
Herr Dr. Peter Piechotta	Liga der Freien Wohlfahrtspflege
Herr Ernst-Christoph Römer	Evangelische Stadtmission Halle e. V.
Frau Leonhardt	Evangelische Stadtmission Halle e. V.
Frau I. Schmidt	AWO Kreisverband Halle e. V.
Herr Steffen Kröner	AWO Erziehungshilfe gGmbH
Herr Marc Manser	DROBS

### **Entschuldigt fehlen:**

Herr Dr. Holger Heinrich	CDU
Frau Thea Ilse	WIR. FÜR HALLE.
Herr Manfred Schuster	WG-VS 90 e. V. Halle
Frau Anja Hunger	SKE
Herr Dr. Toralf Fischer	Verw
Herr Goswin van Rissenbeck	Verw

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 14.6.2007
4. Diskussion des Jahresberichtes Netzwerk gegen Drogen unter Einbeziehung der drei Sucht und Drogenberatungsstellen.  
Berichterstattung Frau Günther Drogenbeauftragte, Frau Schmidt AWO, Frau Leonhardt Stadtmission, Herr Manser DROBS (Vorlage bitte mitbringen. Wurde schon im Juni zugestellt.)  
Vorlage: IV/2007/06389
5. Vorlagen
  - 5.1. Änderung der Satzung über die Benutzung des städtischen Frauenschutzhouses  
Vorlage: IV/2007/06376
  - 5.2. Festsetzung der Benutzungsgebühren des Frauenschutzhouses für auswärtige Nutzerinnen und deren Kinder für die Haushaltsjahre 2007 (ab Inkrafttreten der Änderung der Satzung über die Benutzung des städtischen Frauenschutzhouses) und 2008  
Vorlage: IV/2007/06484
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
7. Anfragen von Stadträten und sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern
8. Beantwortung von Anfragen
  - 8.1. Anfrage von Herrn Dr. Fiedler zur Höhe der Streichung von Fördergeldern an Vereine durch die ARGE
  - 8.2. Anfrage des Stadtrates Herrn Godenrath - CDU - zu Einrichtungen und Organisationen, die Sprachkurse für Migrantinnen und Migranten in Halle anbieten (Liste liegt Protokoll vom 14.6.07 bei)
9. Anregungen
10. Mitteilungen
  - 10.1. Aktueller Sachstand zur Umsetzung des SGB II

**zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Die Ausschussvorsitzende begrüßt die Mitglieder und Gäste des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest. Sie spricht den Vertretern der Evangelischen Stadtmission ihren Dank dafür aus, dass der Ausschuss heute hier in diesen Räumen tagen darf.

## zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Die Ausschussvorsitzende bittet zum logischen Ablauf der Sitzung um einen Tausch des TOP 5.2 mit dem TOP 5.1. Es wird der TOP 5.2 als TOP 5.1 behandelt, darauf folgend der TOP 5.1 als 5.2. Die Mitglieder des Ausschusses haben keine Einwände.

Die Ausschussvorsitzende begrüßt nochmals den Geschäftsführer der Evangelischen Stadtmission Herrn Römer. Herr Römer stellt sich und die Stadtmission mit ihrer Arbeit vor. Er bittet die Ausschussmitglieder Fragen zu stellen und erklärt sich gern bereit, diese zu beantworten.

Die Ausschussvorsitzende dankt Herrn Römer für seine einleitenden Worte.

## zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 14.6.2007

Die Niederschrift vom 14.6.2007 wird bestätigt.

## zu 4 Diskussion des Jahresberichtes Netzwerk gegen Drogen unter Einbeziehung der drei Sucht und Drogenberatungsstellen. Berichterstattung Frau Günther Drogenbeauftragte, Frau Schmidt AWO, Frau Leonhardt Stadtmission, Herr Manser DROBS (Vorlage bitte mitbringen. Wurde schon im Juni zugestellt.) Vorlage: IV/2007/06389

Die Ausschussvorsitzende begrüßt Frau Schmidt (AWO), Frau Leonhardt (Evangelische Stadtmission) und Herrn Manser (DROBS). Frau Günther bittet die drei Beratungsstellen, hier im Ausschuss ihre Arbeit vorzustellen.

Die drei Leiter/innen der Sucht- und Drogenberatungsstellen machen Ausführungen zu ihrer Tätigkeit. Frau Schmidt erläutert die dringende Notwendigkeit der Drogen-Streetworkerin, ihre Stelle über das Fachkräfteprogramm läuft Ende des Jahres aus, Frau Leonhardt hebt hervor, dass sich die Stadtmission auf legale Drogen und Cannabis spezialisiert hat, der Wegfall von ABM führt zu starken Einschränkungen bei der aufsuchenden Tätigkeit. Herr Manser erläutert die Beratungstätigkeit von DROBS, die sich insbesondere mit illegalen Drogen beschäftigt. Ein besonderes Problem stellt die psychosoziale Betreuung von Substituierten dar. Eine Gruppe von ca. 12 Personen benötigt dringend eine intensivere Betreuung. Ein Projekt liegt dazu seit längerer Zeit im Fachbereich Soziales vor.

Gelöscht: Vertreter

Gelöscht: Frau Schmidt spricht über die verschiedenen Arten der Beratungen.

Die Ausschussvorsitzende dankt den Vertretern der Beratungsstellen für ihre Ausführungen und bittet die Ausschussmitglieder Fragen zu stellen.

Herr Dr. Yousif fragt nach der Anzahl der Aussiedler und Migranten, gibt es da spezielle Probleme, wie ist die Verständigung? Herr Manser antwortet, dass es sich um ca. 8 – 9 % Klienten aus anderen Ländern handelt. Ein Mitarbeiter spricht fließend russisch, deshalb werden Russlanddeutsche sehr gut erreicht. Mit Klienten aus anderen Ländern gibt es jedoch Sprachbarrieren und die Beratung ist schwierig. Frau Leonhardt ergänzt, dass es sich in der Stadtmission um eine ganz geringe Zahl an Ausländern handelt, besonders mit Alkoholproblemen. Auch Frau Schmidt verweist auf eine geringe Anzahl, auch die Einstellung z. B. zum Alkohol ist eine völlig andere.

Gelöscht: mit

Herr Godenrath fragt nach Klienten aus dem Saalkreis. Gibt es durch den neuen Saalekreis Veränderungen? Frau Schmidt antwortet, dass es dieses Jahr noch keine Veränderungen gibt, was das Territorium betrifft. Herr Kröner ergänzt, dass die neue Situation in einer Beratung mit Saalkreis, dem Kreis Merseburg-Querfurt und Halle besprochen wurde. Die

städtischen Einrichtungen sollten so erhalten bleiben. Der Saalkreis steht weiterhin zu Halle, der Kreis Merseburg-Querfurt sieht die Situation jedoch aus einer anderen Sicht. Hier gibt es noch Klärungsbedarf.

Frau Wolff fragt, ob es Probleme durch die Sozialraumorientierung gibt, Herr Manser antwortet, dass es gewachsene Strukturen gibt, aber eine Gefahr wird durch die Veränderungen nicht gesehen, es sei auf jeden Fall auch eine dezentrale Arbeit möglich. Laut Frau Günther stehen die Leistungen, entsprechend dem Wunsch und Wahlrecht, für die Sozialräume angemessen, zur Verfügung.

**Gelöscht:** Frau Wolff fragt nach Problemen der zentralen Arbeit.

**Gelöscht:** den sozialen Raum voll

Herr Dr. Brockmann fragt nach dem hohen Anteil des erwerbsfähigen Klientels, in der Stadtmission. Frau Leonhardt weist auf den hohen Anteil von Alkoholproblemen in der arbeitenden Bevölkerung hin, Frau Schmidt erläutert, dass bei der AWO es im Gegensatz dazu ein hoher Anteil an ALG-II-Empfängern zu verzeichnen ist und verweist auf die bestehende Kooperationsvereinbarung mit der ARGE. Herr Manser sagt, dass der Anteil an erwerbsfähigen Heroinabhängigen bei ca. 45 % liegt.

**Gelöscht:** an Klientel

**Gelöscht:** , dass erwerbsfähig ist.

Herr Bartsch fragt, wieso laut dem Jahresbericht die Heroinkonsumenten, in Halle 7 Jahre jünger sind als in den alten Bundesländern, und in welchem Stadtgebiet es Konzentrationen gibt. Herr Manser erläutert, dass diese Situation in ganz Ostdeutschland zu verzeichnen ist, weil der Gesamtzeitraum von Drogenkonsum, aus dem sich der Durchschnitt errechnet, in Ostdeutschland erst ab 1990 zählt, in Westdeutschland schon wesentlich länger und die Konsumenten eher in die Beratung kommen, was positiv zu bewerten ist. Frau Schmidt erklärt, dass z. B. in der Silberhöhe der Schwerpunkt beim Alkohol liegt.

**Gelöscht:** Heroinsituation

**Gelöscht:** ist

**Gelöscht:** je eher

**Gelöscht:** Leute

**Gelöscht:** um so jünger sind sie.

Herr Godenrath spricht das öffentliche Trinken an, es würden auch ganze Familien trinken. Er wünscht sich, dass mehr Druck in diesen Situationen auf die Personen ausgeübt wird. Frau Schmidt sagt, dass diese Menschen dann zu Hause trinken. Das Problem würde nur von der Straße weg verlagert. Frau Leonhardt sagt, dass der Druck über die Streetworker bei den öffentlichen Trinker-Treffs schon da sei. Auch die Rententräger versuchen die Abhängigen in Therapien zu bringen. Trotzdem muss bei den Alkoholkranken eine Motivation zur Abstinenz vorliegen.

**Gelöscht:** auf diese

Frau Wolff fragt nach den verringerten Öffnungszeiten im Cafe 22, Frau Schmidt erklärt, dass die Öffnungszeiten zurückgefahren wurden und spricht das Personalproblem der fehlenden ABM an. Hier wird jetzt vor allem ehrenamtliche Arbeit geleistet.

**Gelöscht:** in der A.-Bebel-Straße.

Herr Dr. Piechotta fragt nach der Förderung der Beratungsstellen, Aktionsprogrammen und Sponsoren. Wie ist z. B. die Beratung bei Spielsucht? Frau Leonhardt sagt, dass diese Beratung über das Internet anfangs anonym ist. Dafür gibt es nur drei spezialisierte Stellen in Ostdeutschland. Es handelt sich dabei um Kinder, Jugendliche und Erwachsene. Für die Beratung gibt es eine pauschale Förderung für alle Beratungsarten, es wird nach Alternativen gesucht.

Herr Dr. Yousif fragt nach der Vernetzung der Beratungsstellen. Herr Manser verweist darauf, dass die Arbeit natürlich zwischen den Stellen abgestimmt wird, dazu trifft sich regelmäßig der Qualitätszirkel, in dem die 3 Beratungsstellen, Frau Günther und Frau Küchler vom Saalekreis zusammenarbeiten,

**Gelöscht:** es existiert ein Arbeitskreis

Die Ausschussvorsitzende spricht die Umsetzung des Rauchverbotes in der Stadtverwaltung an und fragt nach den fehlenden Handreichungen für Pädagogen/innen. Hier könnten ja die Landtagsabgeordneten Einfluss nehmen,

**Gelöscht:** .

Frau Günther bedauert es sehr, dass für den Umgang mit Drogen es noch immer keine Empfehlungen für Lehrer gibt, hier sähe das Kultusministerium bisher keinen spezifischen Handlungsbedarf. Gegenwärtig finden wieder Gespräche dazu statt.

Die Ausschussvorsitzende beendet die Diskussion und bittet darum, dass über diese Arbeit im nächsten Jahr im Ausschuss wieder berichtet wird.

Frau Günther macht Ausführungen zu den entstehenden Kosten bei Alkoholerkrankungen, (siehe Anlage zum Protokoll).

Gelöscht: Maßnahmen

Gelöscht: Alkoholpatienten

## **zu 5 Vorlagen**

Frau Wildner erläutert die beiden Vorlagen unter den Punkten 5.1. und 5.2. Es handelt sich einmal um die Anhebung der Benutzungsgebühren für Hallenserinnen um 1 Euro auf 5 Euro (Kinder bleiben wie bisher) und zum anderen um die Benutzungsgebühren für auswärtige Frauen (Anteil liegt unter 10 %).

Herr Kupke fragt, ob mit dem Saalkreis darüber gesprochen wurde? Frau Wildner sagt, dass die Kosten von den Kommunen eingefordert werden, woher die Frauen kommen. Die Frauen treffen ihre Entscheidung selbst, wohin sie gehen möchten. Merseburg hat z. B. auch ein Frauenhaus.

Herr Dr. Fiedler bemerkt, dass Halle bei den Gebühren im Vergleich mit anderen Städten gut abschneidet als soziale Stadt.

Herr Kupke sagt, dass man diese Gebühren nicht mit anderen, z. B. mit Gebühren der Stadtbibliothek vergleichen kann. Frau Wildner sagt, dass das Frauenhaus eine freiwillige Leistung mit Mitteln der Stadt sei.

### **zu 5.1 Änderung der Satzung über die Benutzung des städtischen Frauenschutzhouses Vorlage: IV/2007/06376**

#### **Abstimmungsergebnis:**

SKE. 6 ja

Einstimmig

Stadträte: 9 ja

Einstimmig

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss stimmt der Änderung der Satzung über die Benutzung des städtischen Frauenschutzhouses zu.

**zu 5.2 Festsetzung der Benutzungsgebühren des Frauenschutzhouses für auswärtige Nutzerinnen und deren Kinder für die Haushaltsjahre 2007 (ab Inkrafttreten der Änderung der Satzung über die Benutzung des städtischen Frauenschutzhouses) und 2008**  
**Vorlage: IV/2007/06484**

**Abstimmungsergebnis:**

SKE: 6 ja  
Einstimmig

Stadträte: 9 ja  
Einstimmig

**Beschluss:**

Der Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss stimmt der Festsetzung der Benützungsgebühren des Frauenschutzhouses für auswärtige Nutzerinnen und deren Kinder für die Haushaltsjahre 2007 (ab Inkrafttreten der Änderung der Satzung über die Benutzung des städtischen Frauenschutzhouses) und 2008 zu.

**zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten**

Keine

**zu 7 Anfragen von Stadträten und sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern**

Frau Tomczik-Radij bedauert, dass es durch die Schließung der Schwimmhalle Robert-Koch-Straße zu erheblichen Einschränkungen beim Reha-Schwimmen in anderen Schwimmhallen kommt. Wie lange werden diese Einschränkungen dauern? Die Ausschussvorsitzende sagt, dass sie diese Anfrage auch schon an den Sportausschuss gestellt hat. Der Bereich Sport wird dazu noch eine Antwort geben. Auch hat sich der Sportverein an den Behindertenbeauftragten der Stadt gewandt. Herr Dr. Marquardt wird dazu mit Herrn Doege ein Gespräch führen. Das Ergebnis wird den Ausschussmitgliedern mitgeteilt.

Herr Dr. Fiedler spricht das Tennis für Senioren im Südpark an. Der Platz ist zum Ende des Jahres gekündigt worden, er würde begrünt. Sport im Alter ist gesundheitsfördernd, warum wird dies den Senioren weggenommen? Herr Dr. Marquardt wird dieses Problem versuchen zu klären.

Frau Wolff fragt, wie viele LOS-Projekte (nur Migrantenprogramme) es gibt? Frau Schneutzer antwortet, dass es in der Silberhöhe und in Halle-Neustadt Projekte im Migrationsbereich für Kinder, Jugendliche und Erwachsene gibt. Z. B. Sprachkurse für MigrantInnen die kein Anrecht mehr haben, aber noch sprachliche Defizite aufweisen und für den Arbeitsmarkt deshalb noch nicht zur Verfügung stehen. Es gibt ein Projekt für Jugendliche Schulabgänger zur Erhöhung von Chancen (z. B. Bewerbungen), um den Eintritt in das Berufsleben zu erhöhen.

Frau Wolff fragt nach einer Übersicht über diese Projekte. Frau Schneutzer wird diese für die letzten zwei Jahre zusammenstellen lassen (welche Projekte, wie viele Teilnehmer, welche Kulturgruppen). Die Zusammenstellung wird dem Protokoll beigefügt. (Verantwortungsbereich der LOS – Projekte liegt im FB 51 – Kinder Jugend und Familie.)

## **zu 8 Beantwortung von Anfragen**

### **zu 8.1 Anfrage von Herrn Dr. Fiedler zur Höhe der Streichung von Fördergeldern an Vereine durch die ARGE**

Die schriftliche Beantwortung der Anfrage durch die ARGE wurde in der heutigen Sitzung an die Ausschussmitglieder verteilt.

Herr Dr. Fiedler beklagt die Qualität der Antwort der ARGE und bittet darum, dass in der Septembersitzung durch einen Vertreter der ARGE die Anfrage beantwortet wird. Er bittet um Benennung der Mittel, die 2006 zur Verfügung standen, um zu sehen, um wie viel die Gelder 2007 gekürzt wurden.

Herr Dr. Piechotta bittet ebenfalls um nähere Erläuterungen durch einen ARGE-Vertreter.

Herr Kupke spricht an, dass zum einen Gelder für Jugendliche, die nicht arbeitswillig sind (Jugendwerkstatt St. Georgen), vergeudet werden und sie woanders fehlen.

Herr Godenrath sagt, dass es der ARGE und den Kommunen wichtig ist, Leute in Maßnahmen zu bringen, weil sie dann aus den Unterkunftskosten herausfallen.

### **zu 8.2 Anfrage des Stadtrates Herrn Godenrath - CDU - zu Einrichtungen und Organisationen, die Sprachkurse für Migrantinnen und Migranten in Halle anbieten (Liste liegt Protokoll vom 14.6.07 bei)**

Frau Hanna Haupt fragt nach der Auflistung der Träger, hier ist z. B. Am Kirchtor kein Ansprechpartner benannt. Frau Schneutzer sagt, dass in der Liste noch kleinere Fehler sind. Diese Liste wurde vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zur Verfügung gestellt. Nicht alle Träger, die genannt werden, führen auch Sprachkurse durch. Die genannten Träger sind die anerkannten Träger. Herr Dr. Fiedler fragt, ob ein Kurs wirklich nicht stattfindet, wenn nicht mindestens 15 Teilnehmer da sind. Frau Schneutzer antwortet, dass der Kurs sich dann für den Träger nicht mehr rechnet. Der Stundensatz pro Teilnehmer wird vom BAMF vorgeschrieben.

## **zu 9 Anregungen**

keine

## **zu 10 Mitteilungen**

Die Ausschussvorsitzende teilt mit, dass sie vom Behindertenbeauftragten der Stadt Herrn Dr. Fischer per E-Mail davon in Kenntnis gesetzt wurde, dass es mit den Induktionsschleifen für Hörbehinderte positive Erfahrungen gibt. Herr Dr. Fischer empfiehlt den Einsatz z. B. im Fachbereich Bürgerservice.

### **zu 10.1 Aktueller Sachstand zur Umsetzung des SGB II**

Hierzu gibt es keine Anfragen.

Für die Richtigkeit:

Datum: 24.04.08

---

Kerner  
Protokollführerin